

Sechzig Jahre NATO, das Bündnis vor neuen Herausforderungen.

Vortrag vor der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

am 24. Juni 2009 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort

1.Einführung

Lassen Sie mich mit der Feststellung beginnen, dass die Erinnerung an 60 Jahre NATO der Jahrestag in diesem an historischen Erinnerungen so reichen Jahr 2009 ist, der am wenigstens im Bewusstsein der Deutschen verankert ist. Es ist für uns Deutsche zumindest in den zwanzig Jahren seit Ende des Kalten Krieges einfach Normalität geworden, in Sicherheit zu leben. Gefahren und Risiken werden nur wahrgenommen, wenn etwas passiert und dann wird hier zu Lande meistens mit einer in Europa einzigartigen Hysterie darauf reagiert. Niemand sollte darüber überrascht sein, denn Niemand spricht gern über Gefahren, Politiker schon gar nicht, und der letzte Moment, an die Gefahr eines Angriffs und ein Einsatz der Bundeswehr in einem Krieg denkbar erschienen war in der CSSR-Krise des Jahres 1968. Wer das als Erwachsener miterlebte ist heute sechzig Jahre oder mehr Jahre alt. Sicherheit ist für uns so selbstverständlich geworden wie die in der Geschichte der Deutschen nie zuvor erreichte große persönliche Freiheit. Was wir vergessen haben ist, dass Beides nicht zum Nulltarif zu haben ist und wir haben auch vergessen, wem wir sechzig Jahre Frieden verdanken. Es ist die im April Sechzig gewordene NATO, es

war die amerikanische Bereitschaft, Europa als Teil amerikanischer Sicherheit zu sehen und den Schutzschirm der „erweiterten“ nuklearen Abschreckung (Extended Deterrence) über Europa aufzuspannen und es war der selbstlose Dienst von Millionen von Soldaten aus acht NATO-Nationen, der geholfen hat, uns den Frieden zu erhalten und nie in unserer Geschichte gekannten breit verteilten Wohlstand anzuhäufen. Wer von den Deutschen weiß denn noch, dass Tag für Tag und Nacht für Nacht in vierzig Jahren Kalten Krieges Soldaten an der Innerdeutschen Grenze Patrouille fuhren, dass Bodentruppen aus sieben NATO-Staaten ihre Einsatzräume an der innerdeutschen Grenze besser kannten als die meisten Bundesbürger ihre Vorgärten, dass der Luftraum lückenlos überwacht und Abfangjäger wie Flugabwehrraketen in Minuten-Bereitschaft gehalten und dass deutsche U-Boote schussbereit auf dem Grund der Ostsee lagen und auf die Invasionsflotten warteten, die aus sowjetischen und polnischen Häfen ausgelaufen wären um Schleswig-Holstein und Dänemark anzugreifen?

Ich möchte deshalb an den Beginn meines Vortrages, der letztlich der Zukunft der NATO gilt, einen kurzen Rückblick auf die sechzig Jahre Atlantische Allianz stellen, deren Entwicklung ich in drei Phasen sehe, die des Kalten Krieges, die des Übergangs zu einem Europa ohne Konfrontation und dann die an 9/11 beginnende Phase der NATO im Kampf gegen den Terror.

Am Anfang stand zweifelsohne was Lord Ismay ebenso treffend wie zynisch ausdrückte: „Keep the Russians out, the Americans in and the Germans down.“ Doch die sich schon bald entwickelnde und seitdem fortbestehende Aufgabe der NATO lässt sich in drei Sätzen skizzieren:

1. Sie muss das Bündnisgebiet kollektiv verteidigen können,
2. sie ist das Forum für transatlantische Konsultation in Krisen aller Art und
3. sie trägt dazu bei, dass Streitigkeiten unter Bündnispartner nicht

außer Kontrolle geraten.

Deutschland war in dieser NATO des Kalten Krieges ein unverzichtbares Mitglied.

In dieser Phase ihrer Geschichte hat die NATO Krieg in Europa gegenüber einer immerhin bis 1988 Angriff planenden Sowjetunion verhindert, ein Angriff der im Widerspruch zu der politischen No-First-Use Erklärung der Sowjetunion unter massivem Einsatz sowjetischer Atomwaffen in Europa in den ersten Stunden eines Krieges geführt werden sollte.

Es gibt nun durchaus Stimmen in Europa, die meinen, die NATO habe ihre Mission erfüllt und sie solle aufgelöst werden, weil ihr Gegner, die Sowjetunion und der Warschauer Pakt verschwunden sind. Andere sagen, geleitet von der mancherorts üblichen notorischen Gleichsetzung von Absichten und Fähigkeiten, die NATO sei ein Instrument zur Durchsetzung amerikanischer Dominanz in Europa und in einem zusammenwachsenden und erstarkenden Europa überflüssig. Sie vergessen dabei, dass Europa leider immer noch nicht in der Lage ist, alleine für seine Sicherheit zu sorgen. Beide Gruppen kritischer Stimmen übersehen auch, dass Deutschland und Europa durch die NATO sechzig Jahre lang Nutzen aus der amerikanischen Bereitschaft gezogen haben, Europa als Teil amerikanischer Sicherheit zu sehen. Ohne dieses Engagement der USA wäre weder die deutsch-französische Aussöhnung noch der Aufbau der EU gelungen. Nach Ende des Kalten Krieges waren es erneut die USA, die nach Zerfall der früheren Sowjetunion den friedlichen Übergang in ein Europa ohne Konfrontation durch Programme wie PfP und, nach anfänglichem Zögern, durch Erweiterung der NATO organisierten. Sie waren es auch, die den Frieden in Europa wiederherstellten als sie sich entschlossen, im Rahmen der NATO die jugoslawischen Sezessionskriege erst in Bosnien und dann im Kosovo zu beenden, Kriege, die nicht zuletzt möglich wurden, weil Europa ebenso großmäulig wie unentschlossen war als Jugoslawien zerfiel.

Die dritte Phase der Entwicklung der NATO begann, als die USA nach 9/11 den Krieg gegen den Terrorismus aufnahmen. Darüber und insbesondere über dem Krieg im Irak zerbrach die „Pax Americana“ in Europa und die NATO nahm Schaden von dem sie sich bis heute nicht völlig erholt hat. Es nimmt daher nicht Wunder, dass die Frage nach der Zukunft der NATO erneut gestellt wird. Präsident Obama hat beim jüngsten NATO Gipfel sehr eindeutig die Bereitschaft Amerikas bekräftigt, auch künftig an der Seite Europas zu stehen, hat allerdings auch unzweideutig verlangt, dass Europa seine Anstrengungen verstärken muss. Man braucht Europa und die NATO in Washington, aber Europa gilt als befriedet, denn die drängenden Probleme sind Iran, Nordkorea, Afghanistan und Nahost. Doch dieses Europa ist nicht befriedet und schlimmer noch, es ist noch immer nicht in der Lage, seine Sicherheit in die eigenen Hände zu nehmen. Zum einen geht das wohl wirklich nicht, weil die meisten Probleme globaler Natur sind und Europa weder heute noch in der vorhersehbaren Zukunft im ganzen Spektrum der Politik global handeln kann, zum anderen hat man sich in Europa viel zu sehr an die bequeme Formel gewöhnt, dass die Aufgabe, für Sicherheit für Europa zu sorgen weitgehend Sache der USA sei, zumindest dann wenn mehr als Worte verlangt sind. Man klagt in Europa oft und gerne über eine angebliche amerikanische Hegemonie, man wird aber in Krisen kaum aktiv, vor allem aber tut man nichts oder nicht genug, um Europas Fähigkeiten so zu stärken, dass aus einer recht gütig ausgeübten Vorherrschaft ein Verhältnis zweier gleichberechtigter Partner wird. Als Folge ist die Wahrnehmung von Gefahren durch die Europäer kaum ausgeprägt. Dementsprechend fehlen viele der zum Schutz nötigen politischen und militärischen Fähigkeiten, es fehlt an Einigkeit unter den Staaten Europas und vielerorts leider auch der Wille sich in einer turbulenten, wahrlich aus den Fugen geratenen Welt zu behaupten und sich notfalls entschlossen zur Wehr zu setzen. Hinzukommt, die NATO gilt als militärisches Bündnis, aber

Jedermann weiß, dass keines der Sicherheitsproblem der Zukunft mit militärischen Mitteln allein zu lösen ist. Ebenso weiß Jedermann, dass es für keines der erkennbaren Probleme noch nationale Antworten geben kann, die Zukunft gehört den internationalen Organisationen und dennoch, die heutige NATO ist nicht die Organisation, die allein die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft wäre. Sie steht also in der Tat vor neuen Herausforderungen. Welcher Art die sind kann man erkennen, wenn man die aktuellen Krisen betrachtet und dann die längerfristig wirkenden Gefahren und so möchte ich vorgehen.

2. Die aktuellen Krisen

Ich beginne meinen Blick auf die aktuellen Krisen mit den ungelösten Konflikten auf dem Balkan und den Risiken im Kaukasus und an der Peripherie Europas.

Die relative Ruhe auf dem Balkan darf nicht als Lösung der Probleme gesehen werden, denn mehr als Provisorien haben wir noch nicht erreicht. Europa muss auf dem Balkan engagiert bleiben und es muss Wege finden, über die Integration Serbiens in die EU zu dauerhaften Lösungen zu kommen.

Europa muss aber auch Wege finden den aus der Geschichte zwar erklärbaren, aber dennoch Europa beschädigenden Vorbehalt Griechenlands im Namensstreit um die NATO-Mitgliedschaft Mazedoniens aufzulösen.

Russlands Handeln in Georgien kann man erklären, aber die gewaltsame Veränderung der Grenzen Georgiens darf man nicht billigen. Es ist ein Handeln über das man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen darf und das in den jungen Demokratien Europas alte Ängste neu entstehen ließ. Sie suchen nun und sie brauchen Versicherung, Versicherung, die ein sogar Eventualfall-Planungen in der NATO verweigerndes Europa nicht bieten kann. Polen und Tschechien suchten deshalb den Ausweg bilateraler Vereinbarungen mit den USA und nutzten die Frage der Raketenabwehr als Vehikel. Die Raketenabwehr war dabei Nebensache, es ging

ausschließlich um den Schutz der USA vor Russland. Russlands unbegründetes Zetern wegen zehn amerikanischer Raketen war ebenso nur Vorwand: Russland will keine amerikanische Präsenz an seinen Grenzen und wähnt sich im Recht, denn Viele in Russland glauben immer noch, der Westen habe 1990 versprochen, die NATO nicht auszuweiten.

Doch die wirklich brennenden Krisen sind die des Nahen Ostens und deshalb ist die dringlichste Frage die der Stabilität des erweiterten Nahen Ostens, der Schlüsselzone der Weltpolitik der näheren Zukunft. Keine der dort anstehenden Fragen darf in Isolation gesehen werden und keine ist ohne das Engagement der USA lösbar.

Die vielleicht noch einfachste ist Irak, wo es zu gelingen scheint, so etwas wie eine zwar noch brüchige, doch zum Teil schon belastbare Stabilität herzustellen.

Doch im Nahen Osten haben sich seit 2003 die Machtverhältnisse fundamental verändert. Zur Staatenwelt ist ein in seiner Vielschichtigkeit kaum erfassbarer Akteur hinzugetreten, der politische Islam, und das politische Zentrum ist der Golf mit den beiden rivalisierenden Mächten Saudi-Arabien und Iran geworden. Ich meine, dass dort und nicht im politischen Sumpf Palästina die Lösung der Probleme gesucht werden muss.

Iran

Das dringlichste Problem ist Iran, weil es aus der Nuklearfrage ein globales Problem entstehen könnte. Es gibt zwar immer noch eine Chance, doch noch eine friedliche Lösung zu erreichen, aber die aus den Wahlen resultierende innenpolitische Instabilität macht das immer schwerer. Der Iran verfolgt ohne jeden Zweifel entgegen all seinen Behauptungen ein Atomwaffen-Programm. Atomwaffen zu besitzen ist keineswegs nur ein Ziel des wieder gewählten iranischen Präsidenten, es war das Ziel iranischer Führer seit dem Schah. Der Iran dürfte in diesem Jahr in der Lage

sein, die Schwelle zum Bau einer Nuklearwaffe zu überschreiten. Die Anreicherung des bis dahin produzierten Reaktorbrennstoffs in waffenfähiges HEU könnte bald beginnen oder sie hat schon begonnen. Von da an sind es nur noch Monate bis zum Besitz einer, wenn auch zunächst noch recht primitiven Atomwaffe. Die Trägerraketen dafür, die Israel und sogar die östlichsten Teile Europas erreichen können, besitzt Iran bereits. Die Alarmglocken schrillen deshalb in Israel, denn Israel ist eines der wenigen Länder der Welt, für die eben schon eine Atombombe eine existentielle Gefahr ist. Keine israelische Regierung wird angesichts der Vernichtungsdrohungen durch Präsident Ahmadineschad dieser Entwicklung tatenlos zusehen, eine Regierung Netanjahu gewiss nicht, doch nur die USA könnten Israel von einseitigem Handeln abhalten. Das aber kann nur gelingen, wenn zumindest erreicht wird, dass das iranische Programm mit dem Zustand einer „virtuellen Atommacht eingefroren. Dazu müsste zuerst einmal eine ansprechbare Regierung im Iran vorhanden sein, doch die gibt es zurzeit nicht. Wäre sie vorhanden, dann müsste ein umfassendes, schlüssiges Nahost-Konzept auf den Tisch und es müsste gleichzeitig eine intelligente Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche angeboten werden. Außerdem müssten Russland und China ihr den Iran eher förderndes denn behinderndes Verhalten aufgeben, es müssten sich Alle endlich voll hinter die Forderungen des UNSC stellen, die UN müssten notfalls neue, verschärfte Sanktionen beschließen und diese müssen dann auch von Allen umgesetzt werden. Würden die USA als Startschuss die bisherigen Vorbedingungen fallen lassen und ein neues Paket für den Iran aus Sicherheitsgarantien und wirtschaftlichen und politischen Anreizen und einem umfassenden Lösungsansatz für Nahost anbieten, dann bestünde vielleicht doch noch die Chance, das iranische Atomwaffenprogramm wenigstens einzufrieren. Würden gleichzeitig die USA und SAA versuchen, Syrien zu erneuten Gesprächen mit Israel zu bewegen, dann könnte ein Anreiz entstehen, der

auch für Israel verlockend wäre. Angesichts des Krieges im Gaza-Streifen Ende 2008 ist das allerdings noch viel schwerer geworden, denn weder die Hamas noch ihre Geldgeber in Teheran scheinen Interesse an einer dauerhaften Konfliktlösung zu haben. Terrororganisationen wie Hamas oder Hisbollah leben von Konflikt, Regierungen, die ihre innenpolitischen Versprechen nicht gehalten haben, tun dies auch. Hemmungen, Menschen in ihrer Gewalt als Geisel zu nehmen, kennen beide nicht. Hinzukommt das Interesse des Regimes in Teheran von seinen inneren Problemen abzulenken und in der Außenpolitik auf Zeit zu spielen. Damit gewinnt man Zeit für den Ausbau der nuklearen Fähigkeiten, man kann sogar Spannungen schüren, um von den inneren Problemen abzulenken und man kann die aggressive, schiitisch motivierte Politik in Ägypten, in Marokko und in Westafrika fortsetzen. Sie wiederum macht die sunnitischen Araber, allen voran Saudi-Arabien zunehmend besorgt, weil sie um die Stabilität in ihren Ländern fürchten.

Doch die iranische Nuklearkrise könnte weit mehr noch als die Krise um Nord-Korea zur globalen Krise werden: Gelingt es nicht, Iran wenigstens an der Schwelle zur „virtuellen“ Atommacht einzufrieren, dann könnte dann die relativ stabile Welt des Atomwaffensperrvertrages mit fünf erklärten und vier unerklärten Atomwaffen-Staaten zu Ende gehen, denn die Folge des iranischen Griffes zur Bombe könnte die nukleare Bewaffnung von Staaten wie Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten, vielleicht auch der Türkei sein. Das Ergebnis wäre eine höchst instabile Welt. Das ist die weltpolitische Dimension der Iran-Krise. Sie zeigt wie dringlich eine Lösung ist und wie richtig Obamas Prager Vision einer atomwaffenfreien Welt ist. Diese Krise vor Europas Haustür zeigt aber auch, dass weder Europa noch die NATO dort Entscheidendes bewirken können, es sind allein die USA, die eine Lösung erreichen können, aber sie verdeutlicht eine der neuen Herausforderungen für die NATO, den Kampf gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, ein Kampf, den man

nicht nur mit Worten und möglicherweise nicht nur durch Rüstungskontrolle führen kann.

Afghanistan

Doch auch in Afghanistan drängt die Zeit. Im Sommer stehen Wahlen an, das bedeutet Spannungen. Hunger und Gewalt sind heute der Alltag, auch im Norden. Die Menschen sind unzufrieden, denn nach fast sieben Jahren ist landesweit allenfalls punktuelle, aber keine deutliche Besserung der Lebensbedingungen eingetreten. Sie sehen zunehmend die Fremden als unerwünschte Besatzer. Die Taliban, von denen vermutlich weniger als zehn Prozent unbelehrbare Eiferer sind, haben Zulauf. Zudem gibt ihnen die Instabilität im benachbarten Pakistan, dem gegenwärtig vielleicht instabilsten Land der Welt, einen idealen Ruheraum in den Stammesgebieten an der Grenze. Einige, durchaus maßgebliche Kräfte in Pakistan dulden dies seit Jahren nicht nur, sie fördern es sogar, weil sie Indiens Engagement in Kabul als Gefahr für den Einfluss Pakistans in seinem strategischen Hinterland Afghanistan sehen. Beschränkung auf Afghanistan und einfach mehr NATO Soldaten ist daher keine Lösung.

Das Problem ist ein zutiefst politisches. Die Afghanen sehen in der ihnen übergestülpten fremden Ordnung einer „starken“ Zentralregierung nicht „ihre“ Lösung und der bislang ungestörte Teufelskreis aus Drogenhandel, Waffenhandel und Korruption erzeugt Unsicherheit, schwächt die von Korruption gewiss nicht freie Zentralregierung, treibt das Land immer mehr in die Hände rivalisierender Warlords und gibt den Taliban das Geld, das sie zur Finanzierung ihrer Mitläufer brauchen. Die gültige Strategie muss deshalb aufbauend auf den bisherigen, unbestreitbaren Erfolgen noch einmal überprüft und zu einer mit einer „counterinsurgency strategy“ verknüpften Aufbaustrategie gemacht werden, die allerdings auch klar sagt, dass die fremden Truppen gehen werden, sobald die Afghanen ihre Geschicke in die eigene

Hand nehmen können. Ziel einer neuen Strategie sollte es sein, gemeinsam mit gemäßigten Afghanen und unterstützt von allen Nachbarn Afghanistans eine afghanische, vermutlich dezentrale Ordnung zu suchen, die afghanischen Regionen und die Sicherheitsorgane, also Militär und Polizei, zu stärken. Dann kann Schritt für Schritt das sichere Umfeld entstehen, in dem die Sicherheit Verantwortung der Afghanen wird, der Wiederaufbau des Landes weiter vorangebracht wird und die ausländischen Truppen abziehen.

Sonntagsreden über vernetzte Sicherheit genügen daher nicht, denn vernetzte Sicherheit bedeutet eben auch, erst Sicherheit zu schaffen, dann Aufbauhilfe zu leisten und diese zu sichern. Wenn man das als gemeinsame Strategie preist, dann muss man auch gemeinsam mit den Verbündeten im gesamten Spektrum handeln, auch wenn das zusätzliches Risiko bedeutet. Diese Forderung wurde in Strassburg erneut erhoben, aber noch nicht durchgesetzt, doch sie wird schon bald auf alle Verbündeten, auch auf uns, zukommen. Die Forderung nach voller Risiko- und Lastenteilung im Bündnis ist aber auch aus strategischen Gründen berechtigt, denn in einem Bündnis darf es keine Aufgabenteilung geben, in der die Einen kämpfen und das volle Risiko tragen, unter ihnen sogar Soldaten aus Staaten, die noch nicht einmal NATO-Mitglied sind, und Andere gelegentlich zwar auch kämpfen, aber insgesamt doch ein deutlich geringeres Risiko auf sich nehmen, dafür aber volle Mitentscheidung beanspruchen. Eine solche Aufgabenteilung ist langfristig der Tod eines jeden Bündnisses und führt kurzfristig dazu, dass diejenigen letztlich allein entscheiden, die die größten Beiträge leisten.

Es gibt keine Teillösungen in Afghanistan. Afghanistan wird entweder als Ganzes gewonnen oder verloren, doch Afghanistan darf nicht verloren werden, denn dann entstünde eine neue Brutstätte des Terrorismus. Im Übrigen ist Afghanistan längst ein regionales Problem geworden, dessen Lösung die Mitwirkung Pakistans, des

Iran, Indiens, der zentralasiatischen Nachbarn und Russlands verlangt. Europa ist hier gefordert, auch weil es Europa, allen voran Deutschland waren, die im Jahr 2002 gefordert haben, Afghanistan zur NATO-Operation zu machen.

Afghanistan kann im engen Zusammenwirken der internationalen Gemeinschaft und der Staaten in der Region durchaus noch ein Erfolg werden, es muss allerdings deutlich mehr getan werden, vor allem muss koordiniert und im regionalen Ansatz gehandelt werden. Die NATO muss in Afghanistan, ihrer dringlichsten Herausforderung, Erfolg haben, weil im Falle ihres Scheiterns jegliche Abschreckung verloren ginge. Die Welt könnte dann noch unruhiger werden.

Nahost

Gelänge es aber, Iran und Afghanistan einer Lösung zuzuführen und im Irak die gegenwärtige brüchige Ruhe zu wahren, dann könnte man eine Friedenslösung für den regionalen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern gestalten. Das soll aber nicht heißen, dass man so lange warten kann oder darf. Durch den jüngsten Konflikt in Gaza, aber auch durch die Wahlen in Israel und die Unruhen im Iran sind Lösungen unglaublich schwer geworden. Die Palästinenser sind gespalten und damit staatsunfähig. Israel ist politisch so instabil, dass es zu Zugeständnissen kaum in der Lage ist und andererseits wächst die Nervosität über Iran nahezu von Stunde zu Stunde. Israel hat zwar seine Abschreckungskraft wiederhergestellt, aber zugleich die Aussicht auf politische Stabilität in der Region mit seiner Wahlen verloren. Derzeit sind die politischen Gewinner die Fundamentalisten in der arabischen Welt, sie sind gestärkt worden.

Jede Lösung des Nahost-Konflikts verlangt amerikanische Führung und europäisches Engagement. Vor allem verlangt sie trotz oder vielleicht gerade wegen der Iran-Krise sofortiges Handeln, nicht zuletzt, weil Israel aus demographischen Gründen die Zeit unter den Fingern zerrinnt.

Zunächst einmal gilt es aber den Weg zu einer Lösung zu ebnen. Die setzt voraus, dass die Regierung Israels zu einer echten Zwei-Staaten-Lösung steht und dass die Palästinenser zu einer Einheit finden, die Israels Existenz als jüdischer Staat in der Region anerkennt. Das zu erreichen ist vor allem die Aufgabe der USA der Saudis und der Ägypter. Die NATO wie Europa spielen bei der Lösung der Krise keine Rolle, das gilt übrigens auch für die Krise um Nord-Korea, aber im Falle Nahost könnte die NATO bei der Umsetzung eines Abkommens eine Rolle spielen müssen. Daraus könnte eine weitere Herausforderung entstehen.

Russland

Eine weitere Herausforderung ist die Gestaltung des Verhältnisses zu Russland. Es besteht keine Gefahr für irgendeinen Staat der NATO solange die NATO geschlossen bleibt.

Das Problem mit Russland ist psychologischer Natur. Das Putin'sche Russland handelt aus einem Gefühl gedemütigten Stolzes. Russland möchte Nummer Zwei auf der Welt sein. Man ärgert sich über die relativ niedrige Priorität in der Agenda Obamas. Um wichtig genommen zu werden glauben Russlands Regenten aus einer Position der Stärke handeln zu müssen, aber sie sind nicht stark, sie sind eher schwach:

1. Russland kann nur Waffen und Rohstoffe exportieren und letztere auch nur dann über 2011 hinaus, wenn der so genannte Westen bei der Modernisierung der Förder- und Transportanlagen hilft.
2. Russland steht in einer nicht unbeträchtlichen, aber immer noch nicht zugegebenen wirtschaftlichen Krise, die durch fallende Ölpreise noch verschärft werden könnte.
3. Seine bisherigen Militärreformen sind gescheitert, was die keineswegs beeindruckende Leistung der russischen Streitkräfte in Georgien belegte.

4. Russland steht vor einer demographischen Katastrophe, die zu immer weniger Russen an Russlands verwundbarsten Grenzen im Süden und im Osten führen wird.

Russland ist zutiefst verunsichert und traut dem Westen nicht, auch weil man mehrheitlich glaubt, man sei in der Frage der NATO-Erweiterung betrogen worden. In dieser Lage sucht Russland Lösungen mit den Mitteln, die schon gestern erfolglos waren wie Einschüchterung und Erpressung Schwächerer und es glaubt, konventionelle Unterlegenheit durch Atomwaffen ausgleichen zu müssen. Eines der zentralen Probleme europäischer Sicherheit bleibt deshalb, einen Weg partnerschaftlicher Kooperation mit Russland zu finden, ohne ihm eine eigene Einflusszone oder ein „droit de regard“ zu Entscheidungen anderer Staaten einzuräumen. Russland muss wissen, dass das Tor der NATO offen bleibt und dass es die Rücknahme getroffener Entscheidungen nicht erzwingen kann, aber dass man über den Zeitpunkt des Vollzugs ebenso reden kann wie über partnerschaftliche Lösungen. Europa muss gemeinsam mit den USA das Verhältnis zu Russland gestalten. Dazu braucht man Geduld und man muss gemeinsame Interessen als Bindemittel nutzen. Afghanistan ist so ein gemeinsames Interesse, weil die Russen im Interesse ihrer Sicherheit den Erfolg der NATO in Afghanistan wollen. Man muss sich ferner erinnern, dass man einem schwachen Gegner nicht von ihm subjektiv als Demütigung empfundene einseitige Entscheidungen zumuten darf, man muss mit ihm sprechen und ihm durch eine gemeinsame Vision eine helfende Hand geben. Bei dieser Aufgabe spielt die NATO eine entscheidende Rolle, denn sie ist der Garant europäischer Sicherheit. Sie ermöglicht Kooperation mit Russland ohne Angst vor Russland. Diese Kooperation dauerhaft zu gestalten und zugleich einem Land wie der Ukraine Gewissheit zu geben, dass es seinen Weg gehen kann, das ist eine weitere Herausforderung für die NATO.

Die längerfristigen Gefahren

All die bisher genannten Herausforderungen sind mit der NATO von heute zu lösen, doch Reform der NATO heißt in erster Linie mit den Gefahren von morgen fertig werden zu können. Lassen Sie mich deshalb einen Blick auf einige der längerfristigen Gefahren und Risiken werfen.

Die Welt war schon vor den aufwühlenden Entwicklungen seit Anfang August 2008, erst im Kaukasus, dann auf den weltweiten Finanzmärkten und schließlich zum Jahresende in Nahost in einem Prozess anhaltenden Wandels. Es ist eine aus den Fugen geratene Welt, in der es noch keine Ordnung und keine überzeugende Formel für unsere Sicherheit gibt.

So mancher politische Gernegroß redet vage von einer multipolaren Welt, aber noch Niemand hat erläutert wie man in ihr Stabilität erreichen könnte. Andere tragen die in ihrem Inhalt keineswegs neue Formel der vernetzten Sicherheit vor sich her, werden aber leise, wenn es darum geht die dafür nötigen Instrumente zu schaffen oder den Willen zu zeigen, sie entschlossen und nicht immer kooperativ einzusetzen.

Lösungen sind also nicht in Sicht, aber es gibt doch eine gute Nachricht: Ein großer Krieg in Europa, dem Schlachtfeld unzähliger Kriege seit 300 Jahren, ist so gut wie ausgeschlossen. Eine gute Nachricht ist auch, dass in diesem noch jungen Jahrhundert mehr Menschen als je zuvor unter Regierungen leben, die sie selbst gewählt haben. Ein vor sechzig Jahren kaum zu ahnender technischer und wissenschaftlicher Fortschritt hat die Lebensbedingungen vielerorts revolutionär verändert, moderne Kommunikation und globaler Verkehr ließen die Welt zusammenwachsen und sie haben der Freiheit den Weg gebahnt. Natürlich gibt es nach wie vor Spannungen zwischen großen wie kleinen Staaten, aber die Mehrzahl der Staaten unserer Welt lebt in Frieden miteinander.

Und dennoch überwiegt in unserer Welt die Unsicherheit. Zu viele Menschen sind einfach aus der Bahn gerissen und es gibt noch immer zu viele ungelöste territoriale, ethnische und religiöse Konflikte und es drohen zusätzliche Gefahren.

In dieser Lage wird die Welt von der seit Generationen schwersten Rezession geplagt. Sie hat das größte Sicherheitsproblem unserer Tage geschaffen: Die wirtschaftliche und finanzielle Lage unserer Staatenwelt, sie kann die Stabilität der Staaten von Innen zerstören. Rasche Besserung ist nicht in Sicht, die Welt steht noch immer am Abgrund und gleichzeitig stehen weitere globale und oft dramatische Veränderungen bevor.

Drei langfristige Entwicklungen, die zu Krisen und Konflikten führen können, sind heute erkennbar: Demografische Verschiebungen, Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen und Klimawandel.

Als erste dramatische Veränderung nenne ich die weltweiten demographischen Umwälzungen. Sie werden vor allem Europas Gesellschaften gewaltigen Belastungen aussetzen. Europas Bevölkerung nimmt ab und wird älter. Sie dürfte um 2050 im Durchschnitt 50 Jahre alt sein, während die Bevölkerung Nordamerikas zunehmen und das heutige Durchschnittsalter von 37 Jahren bewahren wird.

Russlands Bevölkerungsabnahme auf bis dahin möglicherweise weniger als 100 Millionen ist noch dramatischer und sie kann sich durch die weitere Ausbreitung von Aids und TBC sogar noch beschleunigen. Die heute noch rund sechs Millionen ethnischen Russen, die das nahezu menschenleere, aber unglaublich rohstoffreiche Sibirien bevölkern, werden hilflos zusehen müssen wie sich die heute rund vier Millionen illegalen chinesischen Immigranten weiter vermehren dürften.

In Asien wird Indien schon bald das bevölkerungsreichste und zugleich das Land der Welt sein, das mehr Akademiker sein eigen nennen darf als jedes andere Land, aber eben auch die meisten Analphabeten. In China wird die Bevölkerung überaltern und

mit den Spätfolgen der „Ein-Kind-Politik“ ringen, während die Gesellschaft mit mehr als 150 Millionen Arbeitslosen, 200 Millionen gegenwärtig zum Teil gerade freigesetzten Wanderarbeitern, einer unglaublichen Umweltverschmutzung und einer rasant zunehmenden Urbanisierung fertig werden muss. China braucht ein Wirtschaftswachstum von etwa acht Prozent pro Jahr um die innere Lage ruhig und unter Kontrolle zu halten, die Aussichten dafür sind nicht gerade rosig.

Bevölkerungswachstum und Verjüngung der Gesellschaften werden wohl nur Afrika, - und das trotz Krieg und Aids -, die arabische Welt und Südamerika erleben. Daraus könnten Migrationswellen entstehen, die vor allem Europa treffen dürften und dort Spannungen auslösen werden.

Die zweite Entwicklung ist die Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen. Blutige Konflikte um keineswegs überlebenswichtige, aber industriell unentbehrliche Rohstoffe sieht man schon heute. Die Konkurrenz um wirklich überlebenswichtige und immer knapper werdende Rohstoffe, an der Spitze Wasser, Gas und Öl, wird aber noch viel härter werden. Es wird Konflikte geben, denn Europa, Indien und China können auf gesicherte Energie-Importe nicht verzichten. Europa wird selbst dort, wo man klugerweise an Atomenergie festhält, seinen Energiebedarf nicht durch erneuerbare Energien decken können. Energiesicherheit ist vor allem ein europäisches Problem. Europa muss daher Wege suchen seine Abhängigkeit zu vermindern, einer davon könnte eine Renaissance der Kernkraft sein.

Mehr aber noch als Energie dürfte weltweit gesehen der Kampf um Wasser die Konfliktursache der Zukunft werden. Schon heute decken 40 % der Menschheit ihren Wasserbedarf aus ausländischen Quellen, eine Milliarde Menschen hat überhaupt keinen Zugang zu dem, was wir Trinkwasser nennen. Treffen die Schätzungen der Weltbank zu, wonach der Lebensmittelbedarf bis 2030 um 50 % steigen wird, dann könnte der Kampf um Wasser auch ohne Klimawandel gnadenlos werden.

Entwicklung Nummer drei heißt Klimawandel und Umweltbelastung. Auch das dürfte zu Krisen und Konflikten führen. Ein Beispiel: Klimaveränderung dürfte mehr als ethnische oder religiöse Fragen zum Krieg in Darfur geführt haben, diese Tragödie ist vielleicht der erste Klimakrieg. Sollten die Prognosen zur Erderwärmung wahr werden, dann wird man Wanderungsbewegungen und als Folge noch mehr Konflikte dieser Art sehen. Schätzungen nach denen um 2020 etwa 250 Millionen Afrikaner von Hunger, Durst und Unterernährung getrieben auf der Flucht sein werden, sprechen eine deutliche Sprache. Daneben wird es Umwelt verursachte Konflikte zwischen Staaten geben, man denke nur an offene Fragen wie die zwischen Russland und Norwegen strittige Aufteilung des ölreichen Kontinentalschelfs vor Spitzbergen oder die Frage wie neue Seewege in den möglicherweise eisfrei werdenden arktischen Meeren zu kontrollieren sind. Immerhin könnten nördlich des Polarkreises 25 % der Weltreserven an Öl und Gas liegen und die Nordmeerroute nach Asien wäre 5.000 NM, also eine Woche, kürzer als der Weg durch den Suez-Kanal.

Aus diesen drei Entwicklungen werden voraussichtlich die wesentlichen Ursachen für die Konflikte der Zukunft entstehen. Bestehende territoriale, ethnische oder religiöse Probleme können die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöhen oder Konflikte auslösen, dürften aber kaum die eigentliche Konfliktursache sein. Zusätzlich werden in künftigen Konflikten vor allem drei Trends Art und Umfang bewaffneter Konflikte bestimmen: Das Auftreten nicht-staatlicher Akteure, Proliferation und Cyberwar. In den meisten Konflikten der Zukunft dürfte man oftmals ein Nebeneinander des Handelns staatlicher und nicht-staatlicher Akteure sehen. Letztere werden zunehmend über das volle Gewaltpotential der Staaten verfügen. Das Gewaltmonopol der Staaten wird zerbrechen und die nicht-staatlichen Akteure

werden ohne jede Bindung an Recht oder sittliche Norm handeln, während die Staaten in ihrer Abwehr an diese Normen gebunden bleiben müssen.

Viele künftige Konflikte dürften innerstaatlich und lokal beginnen, einige könnten anfänglich herkömmliche Kriege sein und fast alle werden als „war amongst the people“, als Krieg mitten unter den Menschen, geführt werden. Viele Konflikte werden schnell regionale, manchmal sogar globale Bedeutung erlangen. Die Bereitschaft der Regierungen, ja nahezu der Zwang, Konflikte vorbeugend weit außerhalb ihrer Region einzudämmen, könnte zunehmen, aber die Fähigkeit der Völker solches Handeln zu verstehen und über relativ lange Zeiträume mit zu tragen dürfte abnehmen.

Proliferation sehe ich in den Bereichen biologische Kriegführung, Nuklearwaffen und Raketentechnologie.

Ansteckende Krankheiten, bisher eine Folge natürlichen Waltens, könnten zur Waffe in der Hand des Menschen werden. Das Wissen um tödliche biologische Kampfmittel dürfte exponentiell wachsen und zugleich wird es leichter werden, diese Mittel einzusetzen. Fehlende medizinische Gegenwehr und unzureichende, weil nationale Gesundheitssysteme könnten die Völker dieser Welt in kaum vorstellbarer Weise verwundbar für Bio-Terrorismus machen.

Nukleare Proliferation könnte eine Folge der Renaissance der Kernkraftwerke sein.

Bis zum Jahr 2050 sollen bis zu 1400 neue KKW ans Netz gehen. Deren Nebenprodukt könnte Plutonium zur Produktion von Atomwaffen sein. Obamas Prager Vorschlag eine Welt frei von den zurzeit vorhandenen 25.000 Atomwaffen anzustreben und seine Vereinbarung in London mit Medwedjew eine Folgeabkommen für START I zu verhandeln sind daher ebenso richtig wie zeitgerecht. Sie könnten helfen die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern, müssen aber durch weltweite Kontrolle spaltbaren Materials ergänzt werden. Man

darf aber auch keinerlei Illusionen haben: Was man sicher erreichen kann ist eine Welt mit viel, viel weniger Atomwaffen, aber selbst dafür braucht man vermutlich Jahrzehnte. Ob man dann den Schritt auf Null so gehen kann, dass Stabilität gewahrt bleibt, das muss man prüfen, denn gegenwärtig weiß noch Niemand wie das gehen soll. So lange es aber Atomwaffen gibt, muss man nukleare Abschreckung aufrechterhalten, um jeden Einsatz von Kernwaffen zu verhindern. Die hierzulande öffentlich gezogenen politischen Folgerungen aus Obamas Prager Rede kann man weitgehend vergessen. Sie sind typisch für die in Deutschland leider üblich gewordene Verengung von Sicherheitspolitik auf Abrüstung und sie sind kein ernst zu nehmender Beitrag zur Lösung des Problems wie man Sicherheit für ein Land in einer Welt voller Atomwaffen schaffen kann, das einseitig auf Herstellung und Besitz solcher Waffen verzichtet hat. Was hier wieder einmal gezeigt wurde ist eine deutsche Haltung über die der Rest der NATO allenfalls noch lächelt. Die Herausforderung ist nicht der Abzug von ein Paar Atomwaffen, die Herausforderung ist kühne Schritte in der nuklearen Abrüstung zu tun und gleichzeitig Sicherheit und Stabilität zu wahren. Das ist schwierig, aber das wäre dem Land des Karl von Clausewitz angemessen gewesen.

Die Proliferation von Raketentechnologie ist in vollem Gange. Europa bleibt keine Wahl: Es muss ernsthaft beginnen sich mit der Frage der Raketenabwehr zu befassen und daran sollten sich alle Staaten Europas beteiligen, weil alle gefährdet sind.

Eine andere neue Gefahr, Terrorismus und organisierte Kriminalität verstärkend, entsteht aus der zunehmenden Anwendbarkeit von Cyberwar durch Staaten und nicht staatliche Akteure. Cyberwar macht einen Paradigmenwechsel der Strategie möglich, weg von der Vernichtung des Gegners, hin zur strategischen, möglicherweise präventiven Lähmung der Machtpotentiale. Die Entwicklung ist

atemberaubend. Waren es 2000 noch 4 Gbps, die zur Lähmung von Systemen anwendbar waren, so sind es heute, nur acht Jahre später, bereits 16 Gbps. Bedenken Sie nur welche Möglichkeiten damit dem organisierten internationalen Verbrechen gegeben werden. Bewaffnete Konflikte zwischen Staaten und organisierten nichtstaatlichen Akteuren sind damit nicht länger ferne Utopie. Die neuen Konfliktformen könnten neue Formen von Regierungs- und Bündnisorganisation erzwingen, weil die Probleme nicht mehr in den engen Grenzen von Ministerien und gewiss nicht mehr auf nationalem Level zu lösen sein werden. Aus diesen drei Entwicklungen und aus den drei Trends für künftige Konflikte entsteht die größte Herausforderung für die NATO, denn sie ist auf keine der sich abzeichnenden Gefahren ausreichend vorbereitet.

Doch das 21. Jahrhundert gibt der Welt nicht viel Zeit des Zuwartens, es wird leider ein unruhiges Jahrhundert werden. Bislang weiß die Staatenwelt nur, dass weder militärische Mittel allein noch pazifistischer Verzicht auf sie Frieden sichern kann, aber wie man just das schaffen kann, das weiß zur Stunde noch Niemand. Die NATO bietet gegenüber diesen neuen Herausforderungen keine Sicherheit, denn sie verfügt nur über militärische Mittel. Doch sie hat einen einzigartigen Vorteil: In Zeiten globaler Gefahren braucht Europa, das allein mit globalen Krisen weder jetzt noch in der vorhersehbaren Zukunft fertig werden kann, einen globalen Partner. Der einzige Partner Europas, der in Frage kommt, sind die USA und sie sind mit Europa in der NATO zu einem Bündnis gegenseitiger Verteidigung verbunden. Deshalb bietet die NATO auch gegenüber den neuen Gefahren einen gewissen, wenn auch unvollkommenen Schutz. Man muss an ihr festhalten, sie aber erheblich weiter, entwickeln, sie sozusagen als Grundlage und Ausgangspunkt der Gestaltung transatlantischer Sicherheit und für die daraus entstehende Übergangszeit als Garant transatlantischer Sicherheit nutzen. So würde ich das Mandat des Gipfels von

Strassburg und Baden-Baden, eine neue Strategie zu entwickeln, verstehen: Als Auftrag eine weit reichende Reform einzuleiten.

Ich möchte deshalb trotz der geschilderten und gewiss bedrückenden Realitäten die Zuversicht festhalten, dass Sicherheit für uns und für Europa zu schaffen ist, solange ein starkes und geschlossen handelndes Europa eng mit den Demokratien Nordamerikas verbunden bleibt.

4. Wege zur Sicherheit für Europa.

Ich maße mir nicht an, Ihnen heute die Grundzüge eines neuen Strategischen Konzepts vorzustellen, hoffe aber, dass die mit der Erarbeitung Beauftragten sich vom Geist des Harmel-Berichts der 60er Jahre leiten lassen und ein kurzes, politisches Papier erarbeiten, das vor allem die künftigen Aufgaben der NATO und die zu erreichenden Ziele verständlich beschreibt.

Es bietet sich an, der NATO drei Aufgaben zuzuweisen:

1. Sie muss in der Lage sein, das Bündnisgebiet kollektiv zu verteidigen;
2. sie ist das erste Forum für transatlantische Konsultation in Krisen aller Art sein und sie muss
3. im vollen Spektrum gemeinsamer transatlantischer Krisenbewältigung und unter Nutzung aller Mittel der Politik handeln, dort zu handeln wo die Bündnispartner dies beschließen.

Daneben muss die NATO in Zeiten zunehmender Proliferation von Nuklearwaffen dafür sorgen, dass neue Schritte zum Abbau vorhandener Nuklearwaffen und zur Verhinderung von Proliferation unternommen werden und sie muss entscheiden, welche Rolle Atomwaffen im 21. Jahrhundert bei der Verhinderung von Kriegen spielen. Ferner hat sie sich mit neuen Aufgaben zu befassen wie Energiesicherheit, wie Eindämmung der durch Cyberwar, Bio- Terrorismus und Rüsten im Weltraum

entstehenden Gefahren und sie muss Sicherheit durch Kooperation über die Bündnisgrenzen hinweg stärken.

Diese Aufgaben gehen weit über das bisherige Spektrum einer auf die Anwendung militärischer Mittel beschränkten Allianz hinaus und sie verlangen weit mehr Zusammenarbeit mit Dritten als bislang üblich, allen voran der EU. Das Bündnis muss aber dennoch eine regionale, transatlantische Allianz bleiben, die allerdings, so nötig und politisch beschlossen, auch global und auch vorbeugend handeln kann, wobei militärische Mittel immer nur das äußerste Mittel der Politik sein können und nur auf sicherer rechtlicher Basis genutzt werden dürfen.

Das wäre die Umsetzung dessen, was in den Kommuniqués so oft als vernetzte Sicherheit oder comprehensive security beschworen wird. Als Ergebnis der Reform der NATO könnte eine Zone der Stabilität und Kooperation vom Atlantik bis über den Ural hinaus entstehen, sofern es gelingt, neue Formen der Zusammenarbeit mit der EU, aber auch mit Russland zu finden.

Was die NATO dazu braucht ist mehr als die bislang übliche, stark militärisch ausgerichtete Strategie, sie braucht zu Beginn ihres siebten Jahrzehnts eine „Grand Strategy“, in der alle Instrumente der Krisenbewältigung, vor allem auch nicht-militärische, und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere der EU, auf das Ziel der Verhinderung bewaffneter Konflikte ausgerichtet werden und zusätzlich braucht sie eine Vision.

5. Fazit

Die Vision sollte die eines Bündnisses der Staaten Europas und Nordamerikas sein, die von gleichen Werten und Überzeugungen ausgehend bereit sind, sich gemeinsam gegen alle Formen von Gefahr zu schützen ohne irgendjemandem ihr Modell aufzwingen oder ihre Region ausweiten zu wollen, die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen suchen und die gemeinsam und mit ihren Partnern

daran arbeiten, die Zone gemeinsamen Schutzes von Finnland nach Alaska zur Grundlage für eine mit Russland zu gestaltende Zone gemeinsamer Sicherheit von Vancouver nach Wladiwostok zu machen.

Dies wäre nach der alten Maxime, dass Sicherheit zwar nicht alles, aber ohne Sicherheit Alles Nichts ist, die solide Basis für die umfassende Zusammenarbeit Europas und der USA in den globalen Fragen unserer Zeit, dem Kampf gegen Hunger und Wassermangel, dem Kampf gegen die Folgen der Erderwärmung und dem Kampf gegen Seuchen und Pandemien.

Schlussbemerkung

Doch das Alles macht nur Sinn, wenn auch der politische Wille vorhanden ist in der Krise gemeinsam und entschlossen zu handeln und wenn nötig auch Härte zu zeigen. Dazu muss man gestalten und prägen wollen, muss man agieren und nicht nur reagieren. Das war die Rolle, die Deutschland bis zum Beginn dieses Jahrhunderts in der NATO spielte, zu einer Zeit, in der die deutschen Beiträge im Gegensatz zum Heute für die NATO noch unverzichtbar waren.

Ich glaube, dass man für einen kühnen Reformansatz Mehrheiten gewinnen kann.

Ich glaube auch, dass man den Willen zum Tragen der damit verbundenen Lasten erzeugen kann, wenn man den Menschen die bestehenden Gefahren nüchtern aufzeigt und man gangbare Wege aus der Gefahr weist. Die sind möglich, aber man muss den Menschen sagen, dass der Wille sich zu schützen, sich zu behaupten, notfalls auch zu kämpfen und Krisen und Konflikte durchzustehen bis die Gefahr beseitigt ist, der Schlüssel zum Frieden ist. Ohne diesen Willen gibt es weder ein starkes und gemeinsam handelndes Europa noch eine auch in der Zukunft zum Schutz unserer Nationen befähigte NATO.

Das größte Defizit in unserem Land ist gegenwärtig, dass dieser Wille fehlt, weil wir hier und in vielen Teilen Europas dazu neigen den uns unangenehmen Teil der

Wirklichkeit verdrängen und dafür diejenigen kritisieren, die sich der rauen Realität stellen. Bedrückend ist es den Verlust des deutschen Gewichts im Bündnis zu sehen. Er entstand, weil Deutschland eher verzögernd und meistens ängstlich handelt. Risiko zu vermeiden, das scheint die Maxime deutscher Politik geworden zu sein, auch wenn das die Zukunft kostet, eine rote Linie, die sich durch alle Felder der Politik zieht vom Einsatz der Bundeswehr über die Nutzung der Kernenergie bis hin zu den Standort Deutschland gefährdenden Entscheidungen zu Zukunftstechnologien.

Diese Haltung zu ändern ist wichtiger für den Erhalt der transatlantischen Allianz und für den Aufbau eines handlungsfähigen Europa als Verteidigungshaushalte oder andere nachrangige Fragen.

Wir sollten uns erinnern, was den Erfolg der sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland begründete: Es war der Wille der Deutschen, sich den Widrigkeiten zu stellen, Widerstand zu überwinden, anzupacken und den Risiken zu trotzen, nicht aber ihnen als Trittbrettfahrer auszuweichen. Das ist das Vermächtnis der alten Bundesrepublik. Erinnern wir uns und packen wir noch einmal an, dann können wir auch unseren Kindern und Enkelkindern Frieden und Sicherheit erhalten. Wir sollten deshalb nicht verzagt in die Zukunft sehen. Wir sind im mächtigsten Bündnis dieser Welt gut aufgehoben, wir müssen es allerdings an eine völlig veränderte Welt anpassen und es stärken, aber wir können damit Frieden schaffen. Das sollte unsere Verpflichtung gegenüber der im April sechzig Jahre alt gewordenen NATO sein, der wir Deutsche mehr zu verdanken haben als jede andere Nation der NATO, nämlich die längste Friedensperiode unserer Geschichte.